



NIEDERSCHRIFT

2. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	22. September 2016
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20.20 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Enzmann, Andreas
Harnischfeger, Lukas
Ludwig, Alexander
Naas, Stefanie

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Snitil, Melinda

ALW-Fraktion

Becker, Birgit
Pohl, Barbara Dr.

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi

Geter, Stephan
Hamm, Udo Dr.
Hasenauer, Josef
Pohl, Edgar
Reitz-Gottschall, Angelika
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Jacob, Dieter

Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Bogorinski, Erik
Knell, Horst

Schriftführung

Lachnit, Petra

Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Kultur, Andreas Enzmann, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 2. Mai 2016	
2. Rechenschaftsbericht 2015 des Beirates zur Gleichstellung für Menschen mit Behinderung	10/0091/1
3. "Barrierefreier Streifen in den Ortskernen"; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FWW	10/0105

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 2. Mai 2016

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 2. Mai 2016 werden nicht erhoben. Sie ist somit rechtskräftig.

Tagesordnungspunkt 2

Rechenschaftsbericht 2015 des Beirates zur Gleichstellung für Menschen mit Behinderung

Drucksache: 10/0091/1

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 8. September 2016 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen. Dem Magistrat wird zu diesem Tagesordnungspunkt Rederecht eingeräumt.

Zum Tagesordnungspunkt liegt die Tischvorlage Aktionsplan I vor und wird dem Protokoll beigelegt. Herr Bogorinski, Vorsitzender des Beirates zur Gleichstellung für Menschen mit Behinderung erläutert hierzu, dass dieser vom Beirat zuerst erstellt wurde und auch ständig weitergeführt wird. Er wurde bisher nicht in den Gremien vorgestellt. Der Rechenschaftsbericht umfasst die bisher geleistete Arbeit.

Der Magistrat wird gebeten den vorliegenden Aktionsplan auf kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung zu prüfen und eine Kostenkalkulation vorzulegen. Der Magistrat soll die bereits realisierten und in Planung befindlichen Projekte benennen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Rechenschaftsbericht 2015 des Beirates zur Gleichstellung für Menschen mit Behinderung wird zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 3

"Barrierefreier Streifen in den Ortskernen"; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FWW

Drucksache: 10/0105

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 8. September 2016 den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen. Herr Enzmann erläutert den Antrag.

Herr Bogorinski verweist in diesem Zusammenhang auf folgende Links:

<http://www.barrierefrei-mobilitaet.de/pages/startseite.php?lang=DE>

http://www.barrierefreiheit.de/tl_files/bkb-downloads/Projekte/barrierefreier_verkehrsraum/Gehwege.pdf

<http://www.barrierefrei-mobilitaet.de/media/Gehwegoberflaechen-Tiefbau-Forum%20Leipzig-2014.pdf>

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, zuerst für den Stadtteil Weiterstadt die Umsetzung von barrierefreien Streifen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen	(2 CDU, 2 ALW)
5	Nein-Stimmen	(1 FWW, 4 SPD)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwiefern er in den städtischen Ortskernen unserer Stadtteile einen barrierefreien Streifen, besonders vor Seniorenwohnheimen, zu Einrichtungen des täglichen oder regelmäßigen Bedarfs einrichten kann. Als mögliches Vorbild sollte hierbei die Stadt Hessisch Lichtenau herangezogen werden. Weiterhin soll zunächst mit einem Beispiel als Modell in einem Weiterstädter Stadtteil begonnen werden, welches im Erfolgsfall auch in anderen Stadtteilen angewendet wird. Hierbei sollte dort begonnen werden, wo ein solches Modellprojekt am schnellsten und kostengünstigsten umgesetzt werden kann. Im Zweifel gehen niedrigere Kosten vor Geschwindigkeit. Hierbei könnten ggf. auch Fördermittel der KfW abgerufen werden. Die Maßnahmen sollten deshalb im Optimalfall mit beschlossenen oder geplanten Maßnahmen zur Stadtentwicklung möglichst zusammenpassen und sich sinnvoll in diese einfügen, was zu den Richtlinien der KfW für die Gewährung von Fördermitteln gehört.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Andreas Enzmann
Vorsitzender

Petra Lachnit
Schriftführung

Anlage:

Aktionsplan I